

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

07.10.2017 /19.20-19.50 Uhr
08.10.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Macrons Europa-Rede – Neuer Impuls für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?
- Profilierung auf Kosten der Soldaten? Warum die Verteidigungsministerin das Vertrauen der Truppe verloren hat
- Immer mehr Militärstützpunkte im Ausland – Geht die Türkei auf Distanz zur NATO?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Im Mittelpunkt stehen bei uns heute diese Themen:

- Profilierung auf Kosten der Soldaten? Warum die Verteidigungsministerin das Vertrauen der Truppe verloren hat. Und:
- Immer mehr Militärstützpunkte im Ausland - Geht die Türkei auf Distanz zur NATO?

Zunächst jedoch zur Zukunft Europas und der Rede, die der französische Staatspräsident Macron in der vergangenen Woche unmittelbar nach der Bundestagswahl gehalten hat. Sie war ein flammendes Plädoyer für ein handlungsfähiges und „starkes Europa“ in der Welt. Ein Aspekt war die europäische Verteidigungspolitik. Macron formulierte hier ehrgeizige Ziele:

O-Ton Macron (overvoice)

„Wir müssen weiter vorangehen. Europa fehlt im Bereich der Verteidigung eine gemeinsame strategische Kultur (...). Zu Beginn des kommenden Jahrzehnts muss Europa mit einer gemeinsamen Interventionstruppe ausgestattet sein, mit einem gemeinsamen Verteidigungshaushalt und einer gemeinsamen Doktrin, um geschlossen handeln zu können.“

Eine Interventionstruppe hat die EU allerdings schon seit mehr als 10 Jahren. Die sogenannten EU-Battlegroups - zwei jeweils rund 1.500 Soldaten starke multinationale Eingreifverbände, die abwechselnd durch mehrere EU-Mitglieder gestellt werden. Bisher sind diese Gefechtsverbände allerdings noch nie zum Einsatz gekommen.

Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments, interpretiert die Botschaft des französischen Präsidenten daher folgendermaßen:

O-Ton Brok

„Man kann das auch so übersetzen, dass man sagt, die Battlegroups, die es ja auf dem Papier gibt, sollen effizienter gestaltet werden. Wir werden ja schon nach den Beschlüssen, die wir in diesem Jahr gefasst haben, eine Art Hauptquartier haben, für eine Koalition der Willigen, so dass wir auf diese Art und Weise eine höhere Einsatzbereitschaft haben.“

Macron fordert zudem einen gemeinsamen EU-Verteidigungsetat - und das schon in den nächsten Jahren. Illusorisch, findet der Konfliktforscher Hans-Georg Ehrhart vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Ehrhart

„Wenn er das wirklich im Auge hat, dann halte ich das für nicht realistisch, denn dann würde das vornehmste Recht der nationalen Parlamente aus den Angeln gehoben - das Budgetrecht. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein Parlament aufgibt.“

Lang ist auch der Weg zu der vom französischen Präsidenten angestrebten gemeinsamen strategischen Kultur. Für Macron sollen sich dafür die Streitkräfte in Europa für die Soldaten anderer EU-Staaten öffnen. Aber auch das wird dauern. Hans-Georg Ehrhart:

O-Ton Ehrhart

„Diese Kultur braucht viele Jahre, um sich zu entwickeln. Und wenn wir den europäischen Integrationsprozess betrachten - der ja Jahrzehnte läuft, Jahrzehnte noch hoffentlich dauert, weil er sich langsam entwickeln muss, weil wir eben so unterschiedlich sind - denke ich, dass die Erwartungen, die er weckt, wahrscheinlich zu groß sind, und dass das wiederum zu Enttäuschungen führt, die wiederum zu Rückschlägen führen können.“

Zweifelhaft ist zudem, ob es schon bald die vom französischen Präsidenten geforderte gemeinsame Sicherheitsdoktrin geben wird. Das Fazit:

O-Ton Ehrhart

„Von daher gesehen ist diese Rede insgesamt gesehen, ich sag mal eine Vision, im besten Sinne des Wortes, aber sehr unkonkret - aber das ist bei Visionen immer so. Sie gibt genug Stoff, um zu debattieren, und man wird sehen, was in nächster Zeit an konkreten Beschlüssen herauskommt.“

Sagt Hans-Georg Ehrhart. Das Interview mit dem Hamburger Konfliktforscher finden Sie übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Zu unserem nächsten Thema. Nach der Bundestagswahl ist die Regierungsbildung diesmal besonders schwierig. Erst am Schluss wird es um die Besetzung der Ministerien gehen.

Ursula von der Leyen würde gerne Verteidigungsministerin bleiben. Das hat sie vor der Wahl deutlich gemacht. Über eine weitere Amtszeit wären viele in der Bundeswehr allerdings nicht gerade glücklich.

Für Außenstehende mag das zunächst erst einmal erstaunlich sein. Denn nach anfänglicher Skepsis hatte die CDU-Politikerin bei ihrem Amtsantritt vor vier Jahren schnell ein gutes Standing bei den Soldaten. Doch dann kippte die Stimmung. Und inzwischen hat Ursula von der Leyen das Vertrauen der Truppe verloren.

Wie konnte es dazu kommen? Dieser Frage ist Andreas Dawidzinski nachgegangen:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Ursula von der Leyen ist selbstbewusst und traut sich viel zu. Vor vier Jahren wollte sie unbedingt Verteidigungsministerin werden. Und sie setzte sich durch gegen Thomas de Maizière, der das Amt damals gerne behalten hätte. Die CDU-Politikerin möchte auch weiterhin Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt bleiben. Das sagt sie auch ganz offen.

O- Ton von der Leyen

„Es ist klar, dass wenn ich gefragt würde, ich dieses Amt gerne weiter ausüben würde.“

In der Truppe ist Ursula von der Leyen allerdings unten durch. Die CDU-Politikerin hat mittlerweile schon längst nicht mehr das Vertrauen der Soldaten. Das Tischtuch ist zerschnitten. Ein Neuanfang wird dort für nicht mehr möglich gehalten. So sieht es nicht nur der langjährige SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold, der für den neuen Bundestag nicht mehr kandidiert hat.

O-Ton Arnold

„Ich denke, sie kann auf keinen Fall mehr Verteidigungsministerin bleiben. Wenn sie das im Augenblick sagt, sie wäre das in Zukunft, versteht die Truppe dies inzwischen als Drohung. Sie kann diesen Schaden nicht mehr reparieren.“

Das sehen viele Soldaten ähnlich - auch das Darmstädter Signal, ein Arbeitskreis kritischer Soldaten, der mit dem Amtsantritt von Ursula von der Leyen große Hoffnungen verbunden hatte. Der Sprecher Florian Kling ist zwar für Kontinuität, aber:

O-Ton Kling

„Wir wissen alle, und vor allem die Soldaten, das funktioniert nur, wenn das Vertrauen zwischen Truppe und Ministerium wiederhergestellt wird. Und ob sie das so schafft, nachdem man weiß, dass sie immer wieder bei Skandalen die Flucht nach vorn ergreifen wird, sich nicht schützend vor ihre Soldaten stellt, sondern lieber sich selbst schützt, wird das ein schweres Unterfangen, wenn nicht gar unmöglich sein.“

Dabei hatte Ursula von der Leyen einen sehr guten Start, sorgte für frischen Wind in der verknöcherten Bundeswehr, ging Probleme an, die jahrelang in den

Streitkräften vernachlässigt worden sind. Das Vorgehen imponierte. Florian Kling:

O-Ton Kling

„Eine Frau kommt in diesen Macho-Klub, arbeitet sich richtig schnell in das Thema ein, setzte Personal und neues Personal als Priorität. Das fanden die Soldaten richtig gut. Sie hat eine neue Kampagne geschaffen, Attraktivitätsgesetze erlassen. Das ist auch gut für die alten Soldaten.“

Die demographische Entwicklung sieht Ursula von der Leyen als eine strategische Herausforderung, auf die die Bundeswehr unzureichend vorbereitet ist. Zudem wurden die Dauerprobleme beim Material und bei den Finanzen angegangen. Von Trendwenden ist die Rede.

Doch durch die Art und Weise, wie sie mit Krisen und Konflikten in der Truppe umgeht, verlor sie zunehmend an Rückhalt. Ein ZDF-Interview Ende April führte schließlich zum Bruch zwischen Truppe und Verteidigungsministerin. Bei der Aufdeckung der Aktivitäten eines mutmaßlich rechtsextremistischen Oberleutnants und weiterer Skandale hatte es in der Bundeswehr Fehler gegeben. Und die Verteidigungsministerin stellte gleich alle Soldaten unter Generalverdacht:

O-Ton von der Leyen

„Die Bundeswehr hat ein Haltungsproblem und sie hat offensichtlich eine Führungsschwäche auf verschiedenen Ebenen. Da müssen wir konsequent dran gehen.“

Die Empörung in der Truppe über diese Pauschalkritik war groß. Jetzt entlud sich der ganze Unmut über die Ministerin, der sich im Laufe ihrer Amtszeit nach und nach aufgestaut hatte. Thomas Sohst, Landesvorsitzender West des Bundeswehrverbandes, also der Interessenvertretung der Soldaten, im Fernsehsender Phoenix:

O-Ton Sohst

„So mit einem Frontalangriff auf alle Menschen der Bundeswehr loszugehen, halten wir für mehr als unzweckmäßig. Und das zeigen uns auch die Reaktionen, die wir seit Sonntagabend erhalten. Nicht über die Ministerin herfallend, aber deutlich sagend, was machen wir falsch? Was haben wir falsch gemacht? Was ist in der Kommunikation schiefgegangen?“

Ursula von der Leyen erkannte schnell, dass sie mit ihrem Pauschalurteil einen schweren Fehler begangen hatte. Sie ruderte zurück, entschuldigte sich mehrmals, versuchte, ihre ursprünglichen Aussagen zu relativieren. Doch die Bemühungen waren vergeblich. Der Bruch war da, das Tischtuch zerschnitten.

Der Bundeswehrverband, quasi die Soldatengewerkschaft und mit immerhin rund 200.000 Mitgliedern größer als der Umfang der Streitkräfte, ging deutlich auf Distanz zur CDU-Politikerin.

O-Ton Sohst

„Wenn die Ministerin von Haltungs- und Führungskultur spricht, dann müsste sie als erste in der Bundeswehr sich eben auch fragen, ob die Art und Weise, so in die Kommunikation der Bundeswehr einzutreten, die richtige ist.“

Dabei waren Verbandschef André Wüstner und die Verteidigungsministerin lange Zeit praktisch eine Herz und eine Seele. Der Bundeswehrverband und die Ministerin marschierten im Gleichschritt, zogen an einem Strang. Schließlich hatten sie ein gemeinsames Ziel: die jahrelang vernachlässigten Streitkräfte fit zu machen für die Zukunft. Doch inzwischen herrscht Eiszeit. Die Soldaten sind wütend auf die Verteidigungsministerin. Doch damit nicht genug. Der Bundesvorsitzende André Wüstner:

O-Ton Wüstner

„Momentan ist die Masse verunsichert. Sie liest alles Mögliche aus den Medien, das muss man sich mal vorstellen. Und keiner kann Orientierung geben. Der zuständige General erfährt aus den Medien, dass er des Amtes enthoben werden soll. Es gibt kaum eine Kommunikation. Wir bekommen jetzt jeden Tag Anrufe in unserer Rechtsabteilung: Jemand hat jetzt so einen Witz gemacht. Muss ich das nun schon abgeben? Der Ministerin melden oder nicht? Jetzt habe ich jemanden aus der AfD bei mir in der Einheit. Muss ich das jetzt schon dem MAD melden oder nicht?“

Auf dem Jahresempfang des Wehrbeauftragten im Juni nahm der Chef des Bundeswehrverbandes in einer Ansprache schließlich kein Blatt vor den Mund, und attackierte frontal die ebenfalls anwesende Verteidigungsministerin. Die Bundeswehr befinde sich in einer Vertrauenskrise. Der Geist der Truppe habe Schaden genommen und auch die politische und militärische Führung. Der Imageschaden sei größer, als er in Berlin wahrgenommen werde.

Besonders heftig kritisierte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes den Plan der Ministerin, die Wehrdisziplinarordnung ggf. zu ändern. Wüstner warnte eindringlich vor Überlegungen, den Kompaniechefs und Kommandeuren die Disziplinargewalt zu entziehen. Das wäre ein weiterer und ungeheuer effektiver Brandbeschleuniger für den aktuellen Vertrauensverlust. Das dürfe man nicht zulassen!

Starker Tobak. Das wollte Ursula von der Leyen nicht auf sich sitzen lassen. In einem Schreiben an den Verbandsvorsitzenden wies das Verteidigungsministerium die Vorwürfe zurück. Besonders irritiert zeigt sich die politische Führung über Wüstners Aussagen zur Wehrdisziplinarordnung – weil noch nichts entschieden sei. Zugleich forderte das Ministerium den Chef des Bundeswehrverbandes in dem öffentlich gemachten Brief zu einer Klar- und Richtigstellung auf. Die Interessenvertretung der Soldaten ist dem bisher allerdings nicht nachgekommen.

Zuvor hatte bereits die von der Verteidigungsministerin angeordnete Durchsichtung von Bundeswehr-Einrichtungen nach Wehrmachtsdevotionalien für reichlich Unruhe in der Truppe gesorgt. Selbst Unterkünfte von Offizieren wurden ohne deren Anwesenheit überprüft. In der Truppe ist inzwischen vom „Bildersturm“ die Rede. Das Vorgehen ist von den Soldaten als ein Misstrauensvotum der politischen Führung wahrgenommen worden. Anstoß genommen wurde u.a. an der Wortwahl der Verteidigungsministerin. Ursula von der Leyen in der Talkshow „Anne Will“:

O-Ton von der Leyen

„Jetzt müssen wir mit aller Härte auch aufklären, und dieser Prozess beginnt jetzt erst. Es wird noch viel hochkommen. Viele sind noch nicht durch das Schlimmste durch. Aber es lohnt sich. Diese Truppe hat es verdient auch, dass wir diesen Säuberungs- und Reinigungsprozess miteinander durchleben.“

„Säuberungs- und Reinigungsprozess“. Diese Begriffe für die Durchsichtung der Kasernen seien „völlig daneben“, kritisierte ein Vertreter des Bundeswehrverbandes. Denn dieser Ausdruck stehe „für unmenschliche Vorgänge aus übelsten Zeiten unter der Verantwortung verbrecherischer Regime“, schimpfte der Verbandsvertreter.

Die Aktivitäten der Verteidigungsministerin waren für viele Soldaten vor allem Aktionismus. Nach der Durchsuchungsanordnung des Ministeriums verschwanden innerhalb von Stunden in vielen militärischen Einrichtungen Bilder und Gegenstände, die einen Bezug zur Wehrmacht hatten. Dabei schossen einige Vorgesetzte im vorauseilenden Gehorsam manchmal über das Ziel hinaus. Z.B., als die Leitung der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr ein Foto ihres Namensgebers entfernte, weil der frühere Bundeskanzler und Verteidigungsminister dort in einer Wehrmachts-Uniform abgebildet war – ohne erläuternde Einordnung, wie es zur Begründung hieß.

Die Kluft zwischen der Spitze des Verteidigungsministeriums und der Truppe wurde immer größer. Der langjährige SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold damals im Bundestag:

O-Ton Arnold

„Das Problem ist im Augenblick dramatisch. Frau Ministerin, Sie haben durch Ihre falschen Äußerungen extrem viel Vertrauen zerstört. Inzwischen ist es noch viel schlimmer: Sie sind verantwortlich für eine Kultur des Misstrauens, die es inzwischen in den Streitkräften gibt.“

Wie konnte es zu dieser tiefen Vertrauenskrise kommen? Die Bundeswehr hat viele Probleme. Immer wieder gibt es Skandale. Das unsensible Krisenmanagement der forschenden Verteidigungsministerin hat entscheidend zu der Entfremdung zwischen Soldaten und politischer Führung beigetragen.

Der Chefredakteur des Reservistenmagazins „loyal“, Marco Seliger, hat vor Ort regelmäßig erfahren, wie sehr sich die Truppe immer wieder über das Ministerium ärgert:

O-Ton Seliger

„Für die Soldaten allgemein gilt: Was die da oben im Verteidigungsministerium sagen, das entspricht nicht der Wahrheit und es wiederholt sich, es häuft sich halt auch. Die Erfahrungen in der Truppe sind immer wieder so, dass die Soldaten sagen: was erzählen die da oben, wie es angeblich da unten ist? Und das konnte man natürlich an der G36-Causa ganz besonders festmachen.“

Das Sturmgewehr G36 hatte in der Bundeswehr bereits sehr lange - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - für heftige Diskussionen gesorgt. Weil es

unter Laborbedingungen bei hohen Temperaturen nicht treffgenau ist. Die Verteidigungsministerin wollte das Thema abräumen, kündigte schließlich die Ausmusterung des Sturmgewehres an. Dabei hatten die Soldaten an der Waffe nichts auszusetzen. Johannes Clair, ein Afghanistan-Veteran, der bei den schwersten Gefechten am Hindukusch dabei war:

O-Ton Clair

„Wir haben viele Gefechte gehabt, wir hatten extreme Umweltbedingungen mit großer Hitze, 45 Grad und mehr und wir haben ein Gefecht geführt über vier Tage und die Waffen haben immer funktioniert. Und das ist, was mir alle Kameraden bestätigt haben, das, was ich unmittelbar mitbekommen hab und was ich auch selbst im Zusammenhang mit der Waffe erlebt habe.“

Für Florian Kling vom Darmstädter Signal, einem Forum kritischer Soldaten, ist der G36-Skandal daher in Wirklichkeit auch gar kein Skandal gewesen:

O-Ton Kling

„Die Ministerin hat hier ganz vorschnell - und deswegen war der Eindruck vieler Soldaten, um sich selbst zu schützen - das G36 ad acta gelegt - auf den Müllhaufen geworfen, obwohl das eigentlich einer der wenigen Ausrüstungsgegenstände der Soldaten ist, in das alle Vertrauen haben, und das eigentlich immer funktioniert.“

Dabei hatte Ursula von der Leyen zunächst gleich zwei Untersuchungskommissionen eingesetzt, die sich mit dem Sturmgewehr befassen sollten. Das Gremium unter dem früheren Wehrbeauftragten Königshaus und dem ehemaligen Verteidigungsexperten der Grünen, Winfried Nachwei, hatte den Auftrag festzustellen, welche Erfahrungen im Einsatz mit dem Sturmgewehr gemacht worden sind. Doch die Verteidigungsministerin wartete die Vorlage dieses Erfahrungsberichts erst gar nicht ab, und verkündete vorzeitig das Aus für das G36 – offenbar wissend, dass die Ergebnisse die Vorwürfe gegen das Standardgewehr der Bundeswehr nicht untermauern würden. Im Gegenteil. Die Ausmusterung wäre nach Bekanntgabe der positiven Bewertung des Sturmgewehrs politisch vermutlich nicht durchsetzbar gewesen. Denn für die befragten Soldaten ist das G36 bis heute eine äußerst zuverlässige Waffe, die das Vertrauen der Bundeswehr-Angehörigen hat.

Über die Entscheidung der Verteidigungsministerin, das Sturmgewehr trotzdem vorzeitig auszumustern, schüttelt die Truppe bis heute den Kopf.

Mit der G36-Affäre versuchte das Verteidigungsministerium zugleich einen Verhaltenskodex für die Zivilbeschäftigten und Soldaten der Bundeswehr einzuführen. Ohne Genehmigung sollten sie weder zu Journalisten noch zu Abgeordneten etwas über ihre Tätigkeit sagen dürfen. Von einem Maulkorb-Erlass war die Rede. Dabei ist die Bundeswehr eine Parlamentsarme – und trotzdem sollten sich Soldaten beispielsweise auf Empfängen und anderen Veranstaltungen gegenüber ihren Abgeordneten nicht frei äußern dürfen? Und wer es trotzdem tat, den sollten die Kameraden melden. Nicht nur für den Wehrbeauftragten des Bundestages, Hans-Peter Bartels war dieser Erlass ein Unding. Der Kodex stand zudem im Widerspruch zur Inneren Führung und dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Die Zweifel der Soldaten an ihrer Dienstherrin wurden größer. Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels:

O-Ton Bartels

„Von vielen, mit denen ich gesprochen habe, wird diese Absicht, so einen Kodex verbindlich vorzuschreiben, als eine Art Misstrauensvotum wahrgenommen. Also man hat das Gefühl, dass hier etwas geregelt werden soll aufgrund mangelnden Vertrauens in die Soldatinnen und Soldaten.“

Den geplanten Verhaltenskodex musste das Verteidigungsministerium schließlich zurückziehen. Zu groß war der Widerstand, insbesondere bei den Abgeordneten.

Für einen weiteren Vertrauensverlust in der Truppe sorgte die Einrichtung neuer paralleler Meldewege in der Bundeswehr. Im Verteidigungsministerium wurde eine sogenannte Stabsstelle eingerichtet, bei der Soldaten Mobbing und Missbrauchs-Vorfälle melden können. Eine Konsequenz der jüngsten Skandale in der Bundeswehr. Damit gibt es jetzt neben der Wehrbeschwerdeordnung und der Möglichkeit, sich direkt an den Wehrbeauftragten zu wenden, einen zusätzlichen Weg, auf Missstände hinzuweisen – allerdings außerhalb der militärischen Hierarchie. Eine Mail oder ein Telefonanruf genügen. Die Einrichtung dieser Stabsstelle ist nicht gerade ein Vertrauensbeweis für die militärischen Führer der Bundeswehr. Florian Kling vom Arbeitskreis Darmstädter Signal:

O-Ton Kling

„Parallel-Strukturen sind in der Bundeswehr genau deswegen ein Problem, weil damit im Grund sich das bestätigt hat, was Soldaten ohnehin schon geglaubt haben: die Ministerin hat kein Vertrauen mehr in ihre Soldaten und ihre Vorgesetzten. Deswegen hat sie parallele Strukturen geschaffen, parallele Meldewege an den Vorgesetzten vorbei, und das führt natürlich zu Unmut in der Truppe.“

Allerdings ist es für Betroffene jetzt erheblich einfacher, sich zu beschweren, bzw. auf vermeintliche oder wirkliche Missstände hinzuweisen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums ist die Sensibilität der Truppe für Vorkommnisse dadurch gestiegen – soll heißen: die Zahl der Eingaben hat zugenommen.

Kritik gibt es jedoch, dass die Verteidigungsministerin - nicht zuletzt aufgrund dieser neuen Meldewege - bei manchen Vorkommnissen etwas zu schnell mit ihrem Urteil ist. Z.B. bei den Vorfällen in der Kaserne in Pfullendorf in Baden-Württemberg. Dort soll es bei der Sanitätsausbildung u.a. zu sexuell motivierten Praktiken und Mobbing gekommen sein. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte jedoch schon bald ihre Ermittlungen ein, weil es strafrechtlich nichts zu beanstanden gab. Florian Kling:

O-Ton Kling

„Vor allem beim Pfullendorf-Skandal war das Problem, dass Ursula von der Leyen an der ganzen Hierarchie vorbei, vorschnell Schlüsse gezogen hat, damit an die Medien gegangen ist, teilweise an die Medien durchgestochen hat, vorschnell ihren General und Ausbildungsleiter entlassen hat. Und die Truppe war noch dabei, erst einmal zu realisieren, was dort vorgefallen ist.“

Wegen menschenverachtender Aufnahme-Rituale in Pfullendorf sind aber mehrere Soldaten entlassen worden. Klagen der Betroffenen, wurden vom Gericht abgewiesen.

Der Frust in der Bundeswehr über die zunächst gut gestartete Verteidigungsministerin ist mittlerweile groß. Enttäuscht sind viele Soldaten aber auch über das Verhalten der Generalität. Offen Klartext zu reden, ist offenbar nicht ihre Sache. Der Vorwurf: Sie verstecken sich hinter dem Primat der Politik, haben keine Zivilcourage.

O-Ton Kling

„Ich glaube schon, dass es zu weiten Teilen interne Kritik gegeben hat. Aber öffentlich haben sich nur ganz ganz wenig Generäle getraut, auch Kontra zu geben, und ihrer Ministerin zu sagen, dass das, was sie macht, falsch ist, und Vertrauen zerstört. Als Soldat möchte man seine Generäle aufrecht vor sich vor der Truppe stehend sehen, und dann auch Widerworte geben, um die Truppe zu schützen.“

Ob es den in der Truppe erhofften Neuanfang geben wird, ist indes völlig offen. Dass Ursula von der Leyen bei einer weiteren Amtszeit das zerschlagene Porzellan wieder kitten kann, darf jedoch bezweifelt werden.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Andreas Dawidzinski. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch das Interview mit Florian Kling vom Darmstädter Signal.

Die Türkei ist zwar ein langjähriges NATO-Mitglied. Im Bündnis gilt das Land allerdings inzwischen als ein unsicherer Kantonist. Die Bundeswehr z.B. hat ihre Aufklärungstornados vom türkischen Stützpunkt Incirlik abgezogen - weil die Regierung in Ankara Bundestagsabgeordneten verboten hatte, die deutschen Soldaten zu besuchen. Für Verwunderung in der NATO sorgte auch, dass die türkische Regierung sich für den Kauf eines russischen Luftverteidigungssystems entschieden hat.

Zugleich errichtet die Türkei in der Region immer mehr Militärstützpunkte und verfolgt eine Politik, die nicht immer im Einklang steht mit den Interessen der NATO. Erleben wir einen schleichenden Ausstieg des Landes aus dem westlichen Militärbündnis? Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

Seit dem griechischen Putschversuch 1974 in Zypern sind über 20.000 türkische Soldaten im Nordteil der Mittelmeer-Insel stationiert. 2015 begann die Türkei, mit Truppen im benachbarten Syrien und Nordirak einzugreifen. Nun ist Ankara dabei, auch in Katar einen Militärstützpunkt zu errichten - in einigen

Jahren sollen dort 3.000 türkische Militärs stationiert sein. Und in Somalia wird gegenwärtig eine türkische Basis errichtet, die noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden soll. Die Türkei ist zudem dabei, einen kleinen Flugzeugträger zu bauen. Die Regierung will damit in der Lage sein, Machtprojektion zu betreiben, also auch außerhalb des Mittelmeerraumes türkische Interessen und Machtansprüche zu unterstreichen.

Diese Entwicklungen haben sehr unterschiedliche Gründe. Zum militärischen Eingreifen in Syrien und im Irak - André Bank vom Hamburger GIGA-Institut für Globale und Regionale Studien:

O-Ton Bank

„Ein starkes türkisches Interesse in der Gesamtregion ist, eine kurdische Eigenständigkeit oder eine größere Autonomie für Kurdinnen und Kurden zu verhindern.“

In Syrien will Ankara verhindern, dass die syrischen Kurden ein zusammenhängendes Gebiet kontrollieren. Im Irak geht es der Türkei darum, eine Unabhängigkeitserklärung der irakischen Kurden zu vereiteln. Hintergrund dieser Haltung ist die Auseinandersetzung mit den türkischen Kurden. Einen Waffenstillstand mit der PKK hat die Erdogan-Regierung 2015 aufgekündigt. Seitdem geht sie wieder militärisch gegen die Aufständischen vor. Nun versucht die türkische Regierung auch kurdische Autonomiebestrebungen in seinen Nachbarländern durch Militäreinsätze zu unterbinden. Doch die türkische Militärintervention gegen die syrischen Kurden hat zu Spannungen mit den USA geführt. Denn Washington unterstützt die syrischen Kurden. Sie sind sozusagen die Bodentruppen der USA - im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“.

Mit Katar wurde zwar schon vor Jahren vereinbart, dort einen türkischen Militärstützpunkt zu errichten. Doch die aktuellen Entwicklungen haben diesem Vorhaben eine besondere Bedeutung gegeben. Denn im Frühjahr verhängten Saudi-Arabien und die übrigen Golfstaaten - mit Unterstützung von US-Präsident Donald Trump - gegen Katar eine umfassende Blockade. Mit dem beschleunigten Ausbau der Militärbasis in Katar stärkt die Türkei dem Emirat Katar den Rücken. Damit unterstreicht Ankara zugleich seine regionalen geo-

politischen Ambitionen, sagt der Politikwissenschaftler Thanos Dokos vom außenpolitischen Thinktank „Heliamep“ in Athen:

O-Ton Dokos (overvoice)

„Sich insbesondere Saudi-Arabien und anderen sunnitischen Mächten in der Region entgegenzustellen, halte ich für ein deutliches Signal: die Türkei strebt eine größere Rolle im Nahen Osten an. Allerdings betrachtet Ankara die Saudis nicht als Feind, sondern als Rivalen im Wettstreit um die Führung der Sunniten. Gleichzeitig versucht die türkische Regierung aber auch, eine offene Konfrontation zu vermeiden.“

Tatsächlich ist Katar ein langjähriger Bündnispartner Ankaras. Nach dem Sturz des ägyptischen Machthabers Mubarak unterstützte Katar, genauso wie die Türkei, die gewählte Regierung der Muslimbrüder unter Präsident Mursi in Kairo. Den von Saudi-Arabien begrüßten Militärputsch gegen Mursi hatten sowohl der Emir in Doha als auch Ankara entschieden abgelehnt. Auch in anderen regionalpolitischen Fragen stimmen Katar und die Türkei oft überein. So versuchen beide, halbwegs gute Beziehungen zum Iran aufrechtzuerhalten, während Saudi-Arabien voll und ganz das US-Ziel unterstützt, in der Region eine anti-iranische Front zu bilden.

In Somalia sollen auf dem türkischen Militärstützpunkt Soldaten der dortigen Regierung für den Bürgerkrieg gegen die islamistischen Al-Shabaab-Milizen ausgebildet werden. Diesem militärischen Engagement gehen langjährige wirtschaftliche Beziehungen und humanitäre Hilfen für Somalia durch die Türkei voraus. Der Stützpunkt ist Teil der türkischen Afrika-Strategie, sagt André Bank vom Hamburger GIGA-Institut:

O-Ton Bank

„Die Türkei hat in der Vergangenheit versucht, ihren Einfluss auch in Regionen jenseits des Nahen Ostens auszudehnen. Es gab eine Vorstellung, mit den am wenigsten entwickelten Ländern eine Partnerschaft zu entwickeln. Die Türkei hat einen Boom erlebt beim Ausbau von Botschaften in Subsahara-Afrika. Und hier gehört auch der Versuch der Konfliktmediation in Somalia hinein und das dann mit einer militärischen Strategie zu flankieren - dort am neuralgischen Punkt am Horn von Afrika.“

Somalia ist ein islamisches Land. Der türkische Präsident Erdogan möchte den internationalen Einfluss seines Landes vor allem in der islamischen Welt stär-

ken - nicht nur im Nahen Osten, sagt der Türkei-Experte Thanos Dokos aus Athen:

O-Ton Dokos (overvoice)

„Er schaut auf die gesamte islamische Welt. Er möchte Anführer der sunnitischen Moslems werden. Das ist die generelle Richtung seiner Außenpolitik. Ob das gut oder schlecht ist für die Türkei, oder auch für die NATO, die EU, die USA - das, was wir den Westen nennen - bleibt abzuwarten.“

Seit der Niederschlagung des Militärputsches im vergangenen Jahr durch Erdogan hat die Entfremdung zwischen der Türkei und den westlichen Staaten zugenommen. Autoritäre Tendenzen, Repressionen und Menschenrechtsverletzungen zum Beispiel, sind in Deutschland und bei anderen Bündnispartnern auf scharfe Kritik gestoßen. Allerdings war die NATO nie vorwiegend eine Wertegemeinschaft: Selbst als in der Türkei oder auch in Griechenland im vorigen Jahrhundert zeitweise Militärs die Macht übernommen hatten und es zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen war, stand die NATO-Mitgliedschaft dieser Länder nie infrage. Das dürfte auch jetzt nicht anders sein.

Hinzu kommt, dass es inzwischen auch innerhalb des westlichen Bündnisses bei vielen internationalen Fragen unterschiedliche Auffassungen gibt - insbesondere seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. So wird beispielsweise das Atomabkommen mit dem Iran vom Weißen Haus abgelehnt - im Gegensatz zu den anderen westlichen Staaten und der Türkei. Ähnliche Differenzen gibt es bei der Blockade Katars durch die Golfstaaten. Die EU und die Türkei haben hier ähnliche Positionen, während Donald Trump eine ganz andere Politik verfolgt.

Kritik aus NATO-Staaten hat auch die jüngste türkische Entscheidung hervorgerufen, das russische Luftabwehrsystem S-400 zu kaufen. Skepsis gibt es ebenfalls gegenüber der aktiven Rolle der Türkei im sogenannten Astana-Prozess, bei dem Ankara zusammen mit Russland und dem Iran versucht, eine politische Lösung für den Syrien-Krieg zu finden. Ohnehin hat sich die Türkei nie den Sanktionen der EU und der USA gegen Russland angeschlossen. Türkei-Kenner André Bank:

O-Ton Bank

„Die Türkei versucht, wenn man es neutral ausdrückt, ihre Allianzen zu diversifizieren, also verschiedene Partner zu gewinnen und sich eben damit auch von der kemalistischen Staatsdoktrin der Westorientierung, der Europa- und der NATO-Orientierung zu lösen. Die NATO könnte vor einer Zerreißprobe mit der Türkei stehen.“

Einen türkischen Austritt aus der NATO befürchten die meisten Experten aber nicht. Bulent Aliriza vom Washingtoner Thinktank „Center for Strategic and International Studies“:

O-Ton Aliriza (overvoice)

„Die Türkei möchte in der NATO bleiben, das Bündnis mit den USA beibehalten und strebt weiterhin die EU-Mitgliedschaft an, auch wenn dieser Beitritt auf absehbare Zeit nicht erreicht werden kann. Aber gleichzeitig möchte die Türkei eine unabhängigere Außenpolitik verfolgen, so wie es Frankreich unter de Gaulle in den 1960er Jahren gemacht hat.“

Da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Mitgliedern ohnehin zugenommen haben, wird eine solche stärker eigenständige Außenpolitik der Türkei innerhalb des westlichen Militärbündnisses wohl durchaus toleriert werden. Dass die türkische Regierung dabei stärker als bisher auf militärische Instrumente setzt, birgt jedoch auch Gefahren. Insbesondere dürfte ein Ende des militärischen Vorgehens gegen die türkischen Kurden und eine friedliche Lösung dieses Konflikts in weite Ferne gerückt sein. Und es ist denkbar, dass die Türkei auch gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden mit militärischen Mitteln vorgeht - möglicherweise sogar zusammen mit dem Iran und der irakischen Zentralregierung. Erdogan könnte darauf setzen, durch solch ein aggressives Vorgehen nach außen, auch im eigenen Land mehr Unterstützung für seine Politik zu gewinnen.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Soviel für heute in unserer Reihe Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.